

Voelke-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 94.

Halle, Mittwoch, den 25. Februar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

Der Kampf um Erzberger.

Der Erzberger-Helferich-Prozess.

Berlin, 25. Febr. (Eig. Drahtnachricht.) Erzbergers Helferichverrichtungen nach der Schweiz beschuldigen nochmals das Gericht. Erzberger gibt dazu eine lange Erklärung ab, in der er nochmals betont, daß die überwiegende Mehrheit für politische und finanzielle Zwecke auf Ordnung und gute Wege ins Ausland gegangen seien. Die Kosten für die durch Krankheiten notwendig gewordene Reise seiner Familie nach der Schweiz sind aus einem Kredit von 100 000 Franken bestritten worden, den Erzberger von einem schweizerischen Bankhaus erhalten hat. Für die Mitnahme eines weiteren Betrages von 4000 Franken, die Erzberger in die Schweiz nahm, hat er die Genehmigung der Reichsbank nachgesucht und erhalten. Erzberger beklagt dann dem Angeklagten, daß er

auch in Oesterreich ein Konto unterhalten habe. Auch hier habe es sich um ein politisches Konto gehandelt.

Helferich wünscht nähere Erklärungen zu haben, wie aus dieser Nebenbewegung „Politische Gutheben“ zu entnehmen sei, es sich dabei um Reichsgelder gehandelt habe. Erzberger erwidert, in der Haupt Sache seien es Reichsgelder gewesen, aber auch Privatgelder der Reichsbank in die Spiele gemeint, die für die Erlösung des Deutschen im Ausland gegeben wurden. Weiter sagt die Debatte in die große Politik des Reiches und Erzberger freitet sich über ihre Rolle beim Petrolemmonopol. Helferich macht es dem Nebenkläger zum Vorwurf, daß der Vertreter der Standard Oil Company in Hamburg, Herr Noedemann, seine Dankbarkeit und Freundschaft, daß Erzberger das Petrolemmonopol auf Fall brachte, in Missgünstigkeit zum Ausdruck brachte. Erzberger erwidert, er persönlich habe keine Vorteile gehabt. Die Rentnerpartei habe vielleicht von Noedemann Zuwendungen erhalten, wie er dies ständig tut.

Werden Erschöpfung der Kohlenvorräte.

Breslau, 25. Februar. Die Verwaltung der P. & W. berichtet mit, daß die Gesellschaft wegen Erschöpfung der Kohlenvorräte zur Einstellung des Betriebes ab 24. Februar gezwungen ist. Eine Anzahl Arbeiter wird mit Notkornarbeiten beschäftigt. Der Betrieb wird wieder eröffnet, sobald die fehlenden Kohlen eintreffen.

Polnische Militär überschreitet die Reichsgrenze.

Breslau, 25. Februar. Aus Warschau wird verschiedenen Blättern berichtet, daß am 23. Februar polnische Militär die Reichsgrenze überschritt und das Deutschland zugewandene Dorf Stollitz besetzt hätte. Gegenwärtig haben in Polen 100000 eingeleitet.

Lebensmittelkontrolle und Plünderungen in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 24. Febr. Nach Hofrichtschlitz hat hier eine große Demonstration der Arbeiter gegen die bestehende Lebensmittelkontrolle stattgefunden. Der Mob benutzte die Gelegenheit und plünderte in der letzten Lebensmittel-, Schuhwaren- und andere Geschäfte. Die Französischen Gendarmen griffen ein und nahmen zahlreiche Verhaftungen vor. Abends 7 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt.

Größere Ausstände in Frankreich.

Paris, 25. Febr. Wegen Minderregelung eines Arbeiters sind die Arbeiter in den Werksstätten von Billie Neuve und der Paris-Gen-Mittelmeerbahn in den Ausstand getreten. In Paris sind von beiden die Arbeiter der gleichen Gesellschaft befreit, heute in den Ausstand zu treten. Die Delegierten der Pariser Eisenbahnen haben gestern abend die Einstellung der Arbeit auf allen Netzen für Mittwoch beschlossen. Die Angelegenheit war gestern Gegenstand einer Interpellation in der Kammer. Der Minister für öffentliche Arbeiten erklärte, er werde keinen Akt der Anfechtung dulden, wozu die Kammer durch Hausbesuche die Tagesordnung annahm.

Generalkonferenz italienischer Metallarbeiter.

Rom, 25. Febr. „Messaggero“ meldet, daß die Metallarbeiter einstimmig den Beginn des Generalkonferenzen für Mittwoch abend angelegt haben.

Bolschewistische Bekhziehung eines Postdampfers.

Christiana, 24. Febr. Der russische Postdampfer „Lanzosoff“ ist von Murman in Konuinsvaag angekommen mit führenden ausländischen Offizieren und mit Hilfsmitteln an Bord. Das Schiff war bei der Abreise dem Generalkonferenz der Bolschewisten anvertraut. Mehrere Personen wurden dabei verhaftet.

Barunter der Kapitän. In Hammerfest erwartet man die Ankunft eines Eisbrechers aus Murman mit ungefähr 1000 Flüchtlingen. Das Schiff hat nach Vorbericht nur Platz für 120 Mann. Der belgische Konsul in Murman ist mit einem kleinen Schiff in Dardis angekommen.

Der „Oberste Rat“ und die Valuta.

London, 25. Febr. (Eig. Drahtnachricht.) Der Oberste Rat hat eine Versammlung mit Sachverständigen über die Frage der hohen Preise und der Valuta in Europa abgehalten. Man erklärte, daß die Besprechungen des Obersten Rates mit den Sachverständigen nicht bezwecken, die internationale Konferenz von Finanzministern und anderen Sachverständigen zu ersetzen.

Französisches Schandurteil gegen einen Deutschen.

Paris, 24. Febr. Das Kriegsgericht in Epinal hat den deutschen Feldwebel Wilhelm Wähl zu drei Jahren Zuchthaus und 1000 Francs Geldstrafe verurteilt, weil er französische Gefangene in einem belgischen Lager „schlecht behandelt“ haben soll. Wähl ist Besitzer eines Geschwärtzes in Belgien, wo er von den Franzosen verhaftet wurde.

Die Militärpolitik gegenüber Sowjet-Rußland.

London, 24. Februar. (Reuters.) Die Friedenskonferenz hat heute den Beschlüssen gefasst, daß die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland nicht wieder aufgenommen werden sollen, bevor Sowjetrußland eine Haltung zeigt, die mit den Forderungen der Zivilisation übereinstimmt. Inzwischen wird die Auslastung an Rußland anzuhalten, bis ein Antritt auf Rußland zu enthalten, das wird ihnen gleichzeitig die Unterhaltung der Militärkräfte für den Fall eines Angriffs Rußlands zugesichert.

Der Caillaux-Prozess.

Paris, 24. Februar. Der oberste Gerichtshof setzte heute nachmittags die Verhandlungen im Prozeß Caillaux fort. Nach Vertagung einiger Briefe, die der Unruhbücher an eine Freundin in Frankreich gerichtet hat, geht der Präsident auf die Affäre Lennox und den Ankauf der Zeitung „Le Journal“ ein. Caillaux erklärt, er habe sich nach der Schweiz begeben, um die 10 Millionen, die für den Ankauf des „Journal“ notwendig gemeint seien, in Empfang zu nehmen. Es wird lobtun auf die Poloffäre eingegangen. Caillaux erklärt, daß sich ihm von dem überhöhten Mann in der Kammer vorgestellt worden mit der Bemerkung, er könne Beziehungen zwischen Frankreich und Belgien herstellen. Er habe aber niemals Geldschätze mit ihm gemacht, er habe bei Volo Parlamentarier und Diplomaten gefunden. Obwohl werden noch die Affäre Bonnet Rouge und Caillaux und die Beziehungen zu Almeroy abgefragt.

Beschlüsse des Reichsausschusses.

Berlin, 24. Februar. Der Reichsausschuss trat am Dienstag zu einer Konferenz unter dem Vorsitz des Reichsministers Koch zusammen. Privatdozent Dr. Schwarz vom Reichsministerium des Innern berichtete über die Vorbereitungen zur Reichsausschusskonferenz. Die Zahl der Vertreter ist auf ungefähr 500 festgesetzt worden.

Betreffend Weisfall des Einjährigenszenquiffes wurde beschlossen bzw. Vorarbeiten angenommen, wonach die in der Weisordnung vorgeschriebenen Prüfungen nicht mehr abgehalten werden. Zur Frage des Erlässes der Lehrerinnen wurde eine Enquetekommission angenommen, in der es für dringend gehalten wird, die Frage der Vereinfachung von Beamtinnen baldmöglichst durch Reichsgesetz zu regeln.

Die Kammer vor dem Reichstage.

Berlin, 24. Februar. Das Verfahren wegen der jüngsten Vorgänge vor dem Reichstage, wobei 42 Demonstrationen getätigt und über dreißig verletzt wurden, ist vor dem Untersuchungsrichter abgeschlossen worden. Es ist gegen acht in Haft befindliche Personen, meistens Mitglieder der Kommunistischen und Unabhängigen Partei, die Anklage erhoben wegen Aufzuredung zum Widerstand nach § 105 des Reichsverfassungsgesetzes beantragt.

Die Türkei als Ententesolost.

Paris, 24. Februar. „Echo de Paris“ berichtet aus London: Die Türkei wird von einer gemischten Kommission repräsentiert werden, in der England, Frankreich und Italien sich haben sollen. Man erwartet, daß auch Italien Amerika und Brasilien vertreten sein werden. Der Ausschuss wird Beamte nach den Ländern entsenden, die unter der direkten Verwaltung der Türkei stehen, um dort die Aufsicht zu übernehmen. In einzelnen Gebieten, wie Cilizien und Smyrna, die unter griechische Oberhoheit gestellt werden, wird eine besondere Verwaltung eingeführt. Die Bestimmungen über den Schadenersatz verlangen sehr wenig von der Türkei.

Die gesamte 34 mm breite Millimeterzelle oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 92 mm breite Millimeterzelle 90 Pf. Anzeigen nehmen an unserer Geschäftsstellen u. für die Anzeigenpreise. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntag und Montag 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 10, Dr. Buchhändler, 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Kirchstraße 52 und Markt 24. Verlags-Konto Leipzig Nr. 4000.

Endlich!

Matthias Erzberger, der in allen Stücken Gerechte, der Mann, der alles konnte und stets alles wollte und mit Bienenfleiß auszuwerten verstand, hat endlich begreifen, was die Stunde geschlagen hat. Die fassigsten Ergebnisse des Helferich-Prozesses brauchen nicht fertig, was die an den Charlottenburger Steueraktien begangene Falschheit oder deren zeitweiliger Raub erledigen: Der große Heber vervolltet das Finanzministerium des Reiches gar nicht mehr. Die Ausgrabung der Erzbergerischen Steuerbetrugsgeschichten während der letzten 15 Jahre aus den Archiven der Charlottenburger Steuerveranlagungskommission würde doch so fruchtbar, daß selbst der unabhörmliche Abkömmling seine Schmeichelei nicht selbstverständlich aufhörte beurteilt werden. Nachdem durch diesen Vorgang die Veranlagungssysteme einmal in der Öffentlichkeit bekannt waren, hatte niemand mehr ein Recht, an diesen Zahlen unbestimmter Vorüber zu geben. Auch Herr Erzberger durfte sich nicht damit begnügen, diese Zahlen einfach — durch Schwindel — auf den Kopf zu stellen zu wollen. Wir trüben immer mehr in der großen Sumpf, der unter Verderben ist und der uns alle zu niederbringt. Das Schicksal nimmt überhand, Ehrlichkeit und Redlichkeit werden immer seltener Artikel. Wenn dann solche Anklagen, wie sie ein Vergleich der Veranlagungssysteme Erzbergers mit den im jetzigen Prozeß genannten Einnahmen desselben Mannes zwingend erbringt, aufsteigen, und zwar gegen den Mann, auf dessen weiser Seite auch nicht das kleinste Stäubchen liegen darf und der der oberste und unantastbare Hüter von Treu und Glauben sein soll, dann ist das keine Privatangelegenheit, wie Herr Erzberger in der „Deutschen Illg. Zeitung“ glauben machen will. Das sind vielmehr Dinge, für die das ganze deutsche Volk ein Interesse haben darf und haben muß. Der Schwindel Erzbergers auf dem halbamtlichen Papier wirkt noch charakteristischer, wenn die Nachricht der „Tägl. Rundschau“ wahr ist, daß dieser Artikel ohne Wissen und ohne Zustimmung der übrigen Redaktionsmitglieder in das Regierungsblatt hineingebracht ist, daß er vielmehr lediglich eine Privatarbeit des Reichsfinanzministers darstellt. Wir können heute ganz unerrätlich lassen, ob sich die Steueranfragen gegen Erzberger in vollem Umfang als berechtigt herausstellen werden. Wie das Urteil darüber ein: auch lauten mag, es bleibt bedauerlich, daß Herr Erzberger nicht sofort, also unverzüglich nach dem Bekanntwerden der Veranlagungssysteme von seinem Amte in Pensioniert worden ist. Dem Ansehen der Regierung kann diese Veräberung zweifellos nicht dienlich sein.

Überbedurft es überhaupt der neuen Steueranfragen gegen den Reichsfinanzminister, um diesen — zunächst für einige Zeit — aus seinem Amte verdrängen zu lassen? Wir haben unterdessen an dieser Stelle immer gegen den Mann mit dem leichtesten Herzen in der großen Politik Stellung genommen, und wie haben es seiner Zeit behauptet, daß die Demokratie wieder in die Regierung eintrat, obwohl noch ein Erzberger in ihr saß. Nicht nur aus taktischen Gründen (ein Zusammenarbeiten mit einem Erzberger ist für die Fiskusler immer eine starke Belastungsprobe), sondern aus Gründen der hohen Meinlichkeit haben wir es befohlen, daß der Regierungseintritt der Demokratie erfolge, bevor der geschäftliche Erzberger aus der Regierung verdrängt war. Und als dann der Helferich-Prozess begann und die ersten Ergebnisse gezeitigt hatte, bedauerten wir es aufs neue, daß demokratische Männer mit diesem Geschäftslüder auf einer Bank saßen. Der Helferich-Prozess ist noch nicht beendet, seine Vereinfachung wird vielleicht aber in dieser Woche beendet werden. Während es sonst nicht möglich ist, daß die Presse irgend eine Stellung nimmt vor Abschluß eines Verfahrens, hier darf getrost eine Ausnahme von der Regel erfolgen: Herr Erzberger ist in dem Prozeß formell Nebenkläger. Aber wer denkt heute noch daran? Sänkt schon hat er sich zum Angeklagten verwanbelt? Wer den Prozeßbericht, und zwar nicht nur in einer Zeitung, fleißig liest, konnte tief langsam feststellen, wie sehr die Rollen vertauscht worden sind. Diese Feststellung bedeutet nicht im geringsten ein Eintreten für Herrn Helferich, der für uns gleichfalls eine recht unzuverlässige Figur ist. Der Prozeß hat aber tief Wunden schon eine solche Fülle von Material erbracht, daß sich gegen Erzberger richtet, daß von einem Nebenkläger wirklich nicht mehr gesprochen werden kann. Und dieses durch den Prozeß erbrochene Material stellt

